

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Lebküchler, Arbeiter u. Arbeiterinnen in der Zuckerwaren-, Süßwaren- u. Keksindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2

Das Erscheint jeden Donnerstag. Redaktionsblatt Montag morgen 10 Uhr.

Inserionspreis pro druckgepaltene Pettizelle 50 Pfg., für die Zahlenblat 30 Pfg.

Verbandshilfe während des Krieges.

Es hat sich wohl niemand träumen lassen, daß die Arbeiterorganisationen die nun bald zur Reize gehenden drei Kriegsjahre so überleben würden, wie wir tatsächlich feststellen können. Bei Ausbruch dieser grauenvollen Weltkatastrophe herrschte Verwirrung und ein unjagbares Gefühl der Wehmut über den sicher bald bevorstehenden Zusammenbruch der unter unglücklichen Mühen und Aufopferungen aufgebauten Arbeiterbewegung. Da zeigten sich die führenden Kollegen auf der Höhe, indem sie berstanden, sich trotz der neuen Lage anzupassen. Die Kriegslage mit dem Belagerungszustand schuf eine völlig neue Situation, die uns nicht mehr die Durchführung unseres Friedensprogramms ermöglichte. Neue Probleme traten an die Gewerkschaften heran, zu deren Bewältigung nicht mehr die uralten Maßnahmen der Friedenszeit getroffen werden konnten.

Diese Übergangszeit in die neuen Verhältnisse war zweifellos die schwierigste für die gesamte Arbeiterbewegung. Sie schuf Zweifel und viel Verstimmung bei den Mitgliedern über die getroffenen Maßnahmen, die keineswegs nicht mit Verbandstagsbeschlüssen oder mit den statutenmäßigen Bestimmungen in Einklang zu bringen waren, jedoch sich als notwendig erwiesen im Interesse der Aufrechterhaltung der Organisation.

Wie im allgemeinen, so hatte auch unser Verband mit all diesen Schwierigkeiten zu kämpfen. Wir können jedoch heute mit stolzem Bewußtsein behaupten, daß die während der Kriegsjahre getroffenen Maßnahmen die sichere Fundamentierung des Verbandes bewirkten. Wir blieben nicht nur in finanzieller Hinsicht leistungsfähig und konnten somit den Verpflichtungen im Unterstützungsweien nachkommen, sondern erreichten auch bezüglich der Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen viele nennenswerte Vorteile, die in normalen Zeiten nur im zähen wirtschaftlichen Kampfe mit dem Unternehmertum errungen werden konnten. Auch auf dem Gebiete der Sozialpolitik wurden für die Mitglieder und alle Berufsangehörigen Vorteile erwirtschaftet, die sicher nach dem Kriege uns nicht mehr entzogen werden können, jedoch einen guten Grundstein für die Reformen des Arbeiterschutzes der Bäcker, Konditoren und der Beschäftigten in der Süßwarenindustrie bilden werden.

Die Organisation sorgte weitgehend auch für die im Kriege invalide gewordenen Berufsangehörigen durch die Errichtung einer Zentrale mit den Arbeitgebern und Ausarbeitung von Satzungen für die Zuweisung der Kriegsbeschädigten nach den Arbeitsstellen, die Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer und anderes mehr. Dadurch ist zweifellos mit dem Unternehmertum eine Verbindung hergestellt, die auch bei anderen beide Teile gemeinsam berührenden Berufsfragen gegenwärtig zur Geltung kommen wird.

Mit Erfolg hat unsere Organisation in den Kriegsjahren alle Versuche auf Verschlechterung der Lebenshaltung abgewehrt und immer das Prinzip der Arbeiterbewegung im Auge behalten, auch in noch so schweren Zeiten Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erwirken. Das Ausmaß dieser Errungenschaften hängt immer eng mit der organisatorischen Betätigung der Mitglieder zusammen. Wo Interesse und Mithilfe besteht, bleiben die Erfolge aus, oder sie sind kaum nennenswert. Dort, wo die Berufsangehörigen geschlossen hinter ihrer Vertretung stehen, sind die Erfolge um so größer und dauerhafter. Dieser alte gewerkschaftliche Erfahrungsgrundsatz hat in dieser ereignisreichen Zeit noch viel mehr Geltung.

Auch in anderer Beziehung ist es uns möglich gewesen, unseren Mitgliedern helfend unter die Arme zu greifen.

Unsere Unterstützungsleistungen beweist das. Nach den regelmäßig vierteljährlich veröffentlichten Berichten in der Verbandszeitung über die Mitgliederbewegung und des Kaffegebahren des Verbandes erhalten wir auch hierüber ein eindrucksvolles Bild. So wurde in den Jahren 1914 bis März 1917 die Summe von **M. 425.634** für Unterstützungs zwecke angewendet. Sie verteilt sich wieder auf **M. 88.596** an Arbeitslose, **M. 1168** an Reisende, **M. 75.976** an Kranke, **M. 230.448** an Familien der Heeresangehörigen und **M. 22.647** an sonstige Unterstützungsbedürftige.

In unsern Berufen besteht keine Organisation der Arbeiter, die solche oder ähnliche Summen für Unterstützung an die Mitglieder während des Krieges ausgezahlt hat. Da zeigt sich erneut, welche Kraft heute noch in unserm Verbande vorhanden ist. Der Mitgliederstand ging aber innerhalb dieser Zeit von 20.116 auf 7462 zurück. Bis März dieses Jahres sind 32.762 zum Kriegsdienst einberufene Mitglieder aus den Listen gemeldet worden. Auch bezüglich der Mitgliederstärke wird unser Verband nach Beendigung des Krieges gut abkommen, denn es ist anzunehmen, daß alle vom Kriegsdienst zur Entlassung kommenden Verbandsmitglieder sich sofort wieder ihrer Organisation anschließen werden.

Bis dahin — möge die Zeit nicht mehr ferne sein! — ist es aber unsere heiligste Pflicht, alles einzusetzen zur Erhaltung und Stärkung unserer Organisation. Es darf nicht allein den uralten Verbandsleitungen die Arbeit überlassen werden. Jedes Mitglied muß sich in den Dienst der gerechten Sache stellen. Dann werden wir nicht nur das Bestehende erhalten, sondern zur großen Freude unserer heimkehrenden Kollegen das Organisationsgebäude so gefestigt haben, daß es allen in der kommenden Zeit entstehenden wirtschaftlichen Kämpfen standhalten kann.

Vergesst daher Eure Pflicht nicht, und werbet ständig neue Mitglieder!

Die arbeitenden Frauen.

Von Adolf Braun, Nürnberg.

Es war mehr als eine Schmeichelei, als Voltaire in einem Brief an Katharina II. schrieb: „Heureux l'écrivain, qui donnera dans un siècle l'histoire de Catherine II!“ (Glücklich der Schriftsteller, der nach einem Jahrhundert die Geschichte Katharina II. schreiben können wird!) So richtig diese Beurteilung dieser glänzenden Frauengestalt auf dem russischen Thron war, so war diese Frau doch in ihrem weltgeschichtlichen Wirken eine Ausnahme, wenn auch gleichzeitig eine Maria Theresia neben ihr einen Thron Glanz bestiegen hat, und in Frankreich so manche Frau in eigentümlicher Stellung die Staatsgeschichte auf wertwürdigen Umwegen beeinflusste. Es waren aber besonders geachtete Individuen, die unter ganz eigenartigen Umständen auf das Weltgeschehen Einfluß gewannen und ausübten. Sonst galt damals das Wort von der Frau im Hause als etwas so Selbstverständliches, daß es gar nicht not tat, dieses Wort auszusprechen.

Wie ganz anders sieht heute die Frau im öffentlichen Leben! Wohl ist sie noch lange nicht Gleichberechtigte, sie genießt manche Vorrechte, die aus dem galanten Zeitalter in unsere arme Zeit hinüber gerettet wurden; aber sie erhebt sich noch der vollen Gleichberechtigung. Im politischen wie im wirtschaftlichen Leben genießt der Mann noch Vorzüge, deren sich die Frau nicht rühmen kann. Und doch wird man an den schönsten Ruhm Katharina II., den Sak Voltaire's erinnert, den wir an die Spitze dieser Ausführungen gesetzt haben. Von den Frauen unserer Tage, nicht von dieser oder jener Frau, sondern von den Frauen überhaupt, wie sie im Kriege gewirkt haben, wird man heute sagen können, glanzvoller schriftstellerische Leistung ergibt sich dem, der nicht erst in hundert, nein — schon in zehn Jahren die Wirksamkeit der Frau in der Zeit des Weltkrieges ohne jedes schmeichelnde Wort mit der Sachlichkeit des unbestechlichen Geschichtsschreibers darstellen wird. Heute sehen wir die Fülle der Geschichte, aber heute können wir noch nicht den

Stoff meßern, heute ist noch alles im Werden, was zehn Jahre nach dem Kriege ein einigermaßen abgeschlossenes Bild ergeben wird. Doch wissen wir schon, daß dieser Krieg keine Episode im Leben der Menschen und Staaten, der Völker und der Gesellschaft ist. Mag er bald beendet sein, mag er nach Jahresfrist uns noch immer schmerzhaft nach dem Frieden anschauen lassen, das eine Zeit lang ist, daß er unser Gemüt, alle unsere überkommenen Anschauungen erschüttert hat. Politisch und ökonomisch, geistig und seelisch hat er neue Ausgangspunkte geschaffen! Neue Entwicklungsrichtungen geben von ihm aus!

Nach zehn Jahren wird man sich auf eine Statistik der Frauenarbeit stützen können, wird man einen Ueberblick über zahlreiche Materialien besitzen, die uns Umfang und Bedeutung der Frauenarbeit, ihre rasche Entwicklung während des Krieges, ihre Triebkräfte nach dem Kriege erkennen lassen werden. Noch fehlen uns abschließende Berichte, alles ist ja erst im Entstehen, doch wir mit einer starken Weiterentwicklung der Frauenarbeit zu rechnen haben, daß die außerordentlich große Leistung der Frauen bei der Umgestaltung der Volkswirtschaft noch lange nicht auf ihrem Höhepunkt angelangt ist, daß wir uns noch auf mancherlei Verbesserungen gefaßt zu machen haben. Man greift der Zukunft nicht vor, wenn man heute schon feststellt, daß das Verhältnis von Mann und Frau in Ehe und Familie, in Berufsverhältnissen und Hauswirtschaft, in Volkswirtschaft und Staat, in der Gesellschaft der Nation wie der ferneren Zukunft gewaltig geändert wird durch die Aufgaben, die der Frau während des Krieges gestellt wurden und die sie in einer die Gegner der Frauenarbeit jähig machenden Weise bewältigt hat.

Als der Krieg ausbrach, war unsere Volkswirtschaft trotz einer nicht unerheblichen Behinderung der Frauenarbeit doch im wesentlichen gekennzeichnet als Männerwirtschaft, als eine Wirtschaft mit dem höchsten Vorrang der männlichen Arbeit. Wo der Staat und die Städte die Beschäftigung bestimmierten, traten die Frauen ganz zurück im Handel wie in der Industrie drang zwar die Frauenarbeit vor, aber sie blieb doch, von ganz wenigen Industrien abgesehen, im Hintertreffen. Nur in der Landwirtschaft, die noch vielfach auf das ungenügende verknüpft ist mit der Hauswirtschaft, der alten Domäne der Frauenarbeit, spielte die Arbeit der Frauen und Mädchen eine sehr große Rolle, doch blieb in der Regel die Frau auf die niedrigeren Betätigungen beschränkt.

Rehren die Männer aus dem Kriege zurück, so werden sie diese Wirtschaft auf das gründlichste verändert haben. Nicht nur die Zahl der Frauen hat im Wirtschaftsbereich ganz gewaltig zugenommen, auch der Bereich ihrer Betätigung hat sich mannigfach erweitert. In den eigentümlichen Dämmern der männlichen Arbeit gibt heute die Frauenarbeit den Ausschlag. Die Not des Krieges hat zahllose Experimente gezeitigt, die vielleicht sonst in Jahrzehnten nicht in Angriff genommen worden wären. Die Frauenarbeit hat sich bewährt, hat zur Freude der Unternehmer ermöglicht, Frauen zu beschäftigen, wo sich früher gelehrte Arbeiter allein betätigten. Die Unternehmer konnten, wo sie früher hohe Löhne gezahlt haben, nun um billigeres Geld weibliche Arbeitskraft beschäftigen. In der Industrie wie im Handel war dies tausendfältig zu beobachten, in der Landwirtschaft ward vielfach die ganze Arbeit den Frauen aufgebürdet, selbst in Staat und Gemeinde und auch bei der ersten Hälfte haben Frauen Arbeiten geleistet, die vorher als eine nur den Männern zukommende Aufgabe angesehen wurden. Nicht bloß in der Ausfüllung der zahlreichen Lücken, die die Einberufung von vielen Millionen erwerbstätiger Männer und die anderweitige Verwendung dieser Männer ritz ergab sich ein Antriebe für die Frauenarbeit, sondern auch in noch bedeutungsvolleren Änderungen unserer Industrie.

Wurde von so manchem verheißt, daß nach dem Ende des Krieges die Frauenarbeit sofort in ihre alten Grenzen wie sie vor dem Kriege waren, zurückgewiesen werden könnte, so wurde, von allem andern abgesehen, eine besondere Art dieser Entwicklung zu wenig in Rechnung gezogen: die gewaltige Konzentration der Industrie während des Krieges. Die Notwendigkeit, zu höchster Leistungsfähigkeit in der Produktion zu gelangen, beschleunigte in einer solchen die genialsten Techniker überragenden Weise den technischen Fortschritt. Der Sturmhauf der Maschinerie während des Krieges ist eine ganz bedeutende Leistung. Komplizierte und schwerere Prozesse wurden geteilt und vereinfacht. Die harte Körperkräfte notwendig waren, verminderte die Maschinerie einzusetzen. Die gewaltige Entwicklung die den Übergang vom Manufakturssystem zur Fabrikindustrie kennzeichnete, wiederholt sich neuerlich in einem engen Zusammenhang. In den Jahren des Krieges wurden neue weite Ge-

Wirk der ungelerten Arbeit, erbfrei und damit Frauen und jugendlichen neue Möglichkeiten der Beschäftigung erschaffen. Hier zeigen sich starke Triebe für die Verstaatlichung des Produktionsapparates, die nicht nur während des Krieges von hoher Bedeutung sind, die auch nach dem Kriege von höchster Bedeutung bleiben werden.

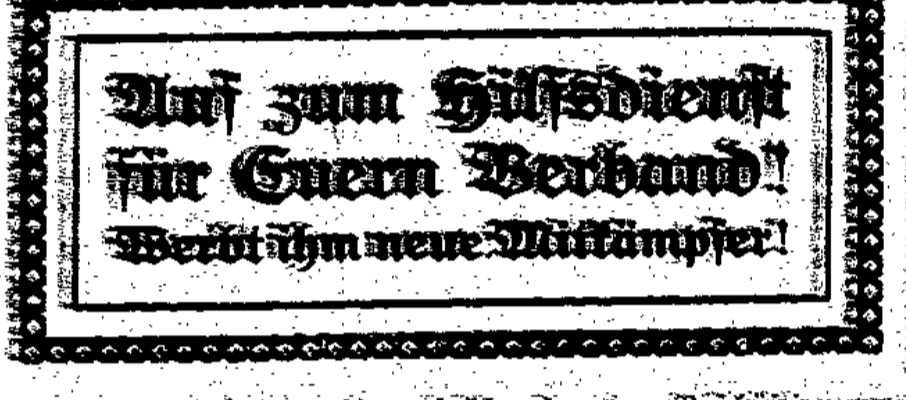
Es wäre unvorsichtig, zu sagen, daß in diesen Entwürfen die höchsten Probleme für die Zeit nach dem Kriege verborgen sind, weil ja die vollständig künftigen Beziehungen der Völker nach dem Kriege, die internationalen Fragen, Organisationsprobleme der Industrie, auch von geistiger Entschlossenheit und von gar nicht einzuschätzendem Sinnungsreichtum sein werden. So viele höchste Stageschritte, die in der Kriegszeit zurückgelassen haben wir uns heute zu lassen, das ist schwer zu gewährleisten mit der Erklärung, was am besten unsere Zukunft bestimmen wird. Aber ohne jeden Widerspruch kann man sagen, daß die Entlohnung der Frauennarbeit während des Krieges mit langer Lebensdauer, nicht nur auf alle Zukunft hinaus folgende höhere Wirkungen zeitigen wird.

Um die Bedeutung der Frauennarbeit während des Krieges und um die zu erwartenden Wirkungen nach dem Kriege besser beurteilen zu können, tut es not, uns über die Beschäftigung der Frauennarbeit in der verflochtenen Friedenszeit nachdenklich abzugeben. Das ist freilich nicht so leicht, wie es nach der Fülle der Zahlen, die die statistischen Ämter über die Frauennarbeit veröffentlichten, erscheinen mag. Die Beschäftigten geschahen vielfach nach verschiedenen Merkmalen, ihre Beschäftigung ist verschieden. Man muß sich mancherlei Zurückhaltung bei den Schätzungen auferlegen, die aus ihnen gezogen werden können. Im allgemeinen kann man freilich behaupten, daß eine starke Tendenz zur Ausbreitung der Frauennarbeit wie auch zur Eröfnung neuer Gebiete für sie vorhanden war. Vergleichbar freilich mit dem hierinmöglichen Siegeszuge der Frauennarbeit während des Krieges ging die Entlohnung in der Friedenszeit verhältnismäßig langsam vor sich. Wenn nach der letzten deutschen Betriebszählung von einem Automobillensender in der Zunahme der Frauennarbeit gesprochen wurde, so erheben sich diese Beobachtungen nach dem, was die Frauen in den letzten zwei Jahren in ihrer Arbeit in der Volkswirtschaft aller Länder beigetragen haben, eine überhöhte Ueberschätzung.

Wären die Ergebnisse der Berufs- und Betriebszählungen in Deutschen Reich von 1882, 1895 und 1907 reines vergleichbar, so wäre in jener Zeit bei dem Wachstum der Gesamtbevölkerung von rund 45 Millionen auf rund 61 Millionen die Zahl der Erwerbstätigen von nicht ganz 12 Millionen auf mehr als 28 Millionen Menschen gestiegen. Die Zahl der erwerbstätigen Männer wäre von 18% auf 18% Millionen, die der erwerbstätigen Frauen von 24 auf 25 Millionen gewachsen. In genauerer Zahl wären in diesem Reichshandbuche 3 513 361 erwerbstätige Frauen angegeben, das wären 71,3%. Die verbleibende Aufzählung der „unbeschäftigten“ Frauen, ihre nähere Verfassung als Erwerbstätige, ist besonders auffallend in der bahnbrechenden Verfassungsjahre vom Jahre 1907, erklären die Verhältnisse dieser Verfassungsjahre. Aber daß die Zahl der beschäftigten Frauen tatsächlich sehr stark zugenommen hat, darf nicht in Zweifel gezogen werden. In einem sehr wertvollen, vor kurzem erschienenen Werke von Dr. Gertraud Wolf, „Der Frauennarbeit in den Hauptkulturgebietern nach amtlichen statistischen Quellen“ (München 1916, G. H. Verlage Verlagsbuchhandlung), wird behauptet, daß die Verhältnisse des Kampfes nur im Verhältnis zum Bevölkerungswachstum überhöht zunehmen konnte. Ein weiteres Wachstum war nicht möglich, weil schon bei den früheren Zählungen für die gesamte erwachsene männliche Bevölkerung am Erwerbsleben fehlten. Dagegen, heißt es dann weiter, ermöglichte die große Zahl beschäftigter Frauen den starken Anstieg der weiblichen Erwerbstätigen. Männerarbeit ist aber im ganzen genommen nicht durch Frauennarbeit verdrängt worden, wenn sich auch der Abstand zwischen den Geschlechtern im Laufe der letzten Jahrzehnte abgemindert hat. Gerade jetzt, wo wir das Eindringen der Frauennarbeit in zahlreiche, ja in die meisten Männerberufe zu beobachten haben, scheint es sehr bedauerlich, auf diese Zeit während des Krieges nebergerührende, aber für das nach dem Frieden beziehende Festhalten einer Sozialpolitik hinweisen zu können. Freilich nicht ganz ohne Tendenz und auch nicht mit zuviel Kritik wird dann wieder von der Verfasserin darauf hingewiesen, daß die Männerarbeit vor dem Kriege von dem Vorherrschen der Frauennarbeit nichts zu befürchten habe. Ich glaube, daß man zu richtigen Schlüssen nur durch eine Betrachtung der Verhältnisse in allen einzelnen Berufen und nicht durch allgemeine Feststellungen über die soziale Entwicklung überhaupt gelangen kann. Aber ohne uns in eine Auseinandersetzung hierüber einzulassen zu wollen, bleibt doch die Feststellung interessant, daß Frau Dr. Gertraud Wolf sagt: „Wäre das Eindringen der Frauen in die Berufe irgendeiner Art, die für die Männer verfallen, so bräunte die deutsche Volkswirtschaft nicht alljährlich nach viele Hunderttausende von ausländischen Arbeitern herangezogen, um den Bedarf an Arbeitskräften zu decken.“ Hier wird uns ein merkwürdiges Problem der Berufsveränderung, auf das einigmal Marx, andererseits John Stuart Mill hingewiesen haben, vorübergeleitet. Es wird überdies, daß eine Veränderung männlicher und weiblicher Arbeit, die in der Vergangenheit männlicher und weiblicher Arbeit in die verschiedenen Berufe erfolgte. Das konnte auch ein Rückgang der Frau in früher bedeutsamer Berufe erfolgen, nachdem die angestrebten und weiblichen Voraussetzungen gewisser Berufe geändert worden. Wir würden hier die weitere auszuwählenden Bemerkungen nicht wiederholen, wenn wir sie nicht für wichtig finden für die weitestgehenden Entwicklungsbedingungen der Frauennarbeit während des Krieges und für die maßgebendste Entwicklung nach dem Kriege. Selbst wenn alles, was wir von Frau Gertraud Wolf angeführt haben, ohne jede Einschränkung für die Zeit des Friedens gelten könnte, würde es gerade für die Zeit während des Krieges zum Widerspruch Anlaß geben. Die vielen hunderttausende ausländischer Arbeiter, die in der Friedenszeit die deutsche Volkswirtschaft unterstüzten, können uns heute nicht zu dem Grund einer für die zu einem hohen Grade schon republikanischen Bewegung als Zukunftsvorbereitung, gegebenenfalls Veränderung. Wohl

haben wir einen Teil der russischen, polnischen und italienischen Arbeiter, die vor dem Kriege im Lande waren, noch zur Verfügung. Sie kommen aber zum geringsten Teil für eine industrielle Beschäftigung in Betracht. Das gilt auch für die Kriegsgefangenen. So hoch man auch die fremde Arbeit, die sich naturgemäß in ihrer Leistungsfähigkeit von der freien Arbeit unterscheidet, werten mag, so ist nicht im äußersten in der Lage, die Arbeit zu ersetzen, die von den Millionen erwerbstätiger Menschen geleistet wurde, die in den Krieg gezogen sind. Der Krieg hat naturgemäß unsere Volkswirtschaft des besten und des bestmöglichen Teils der Männer beraubt. In ihrem Erfolge genügt nicht die Arbeit in der Friedenszeit geübte und nun nur zum Teil noch vorhandene Zahl von fremden Arbeitern. Der in allen deutschen Einzelparlamenten gehörte Klageruf, daß man eine stärkere Zurechnung von Kriegsgefangenen für die Landwirtschaftliche Arbeit beanträge, zeigt, daß, so groß auch die Zahl der Gefangenen ist, sie doch in keiner Weise ausreicht, um die Lücken auszufüllen, die die Heranziehung aller gefunden und vollwertigen Männer im Alter höchster Leistungsfähigkeit zum Kriegsdienst gerissen hat.

Sollte die deutsche Volkswirtschaft im Gange bleiben, so könnte das nur geschehen, wenn die Frau an Stelle des Mannes trat. Nicht die Umstellung der Industrie, nicht die Zulassung der Betriebe zur Einbringung von Arbeitskräften, nicht die Verwendung von Kriegsgefangenen konnte ausreichen. Die einzige Methode von Arbeitskraft, um die letzten Plätze auszufüllen, um in einer Zeit der höchsten Anspannung der Volkswirtschaft, vor allem der Industrie für Kriegszwecke einen Ausgleich zu schaffen, war die Frauennarbeit. Unerkennbar scheinend diese Methoden. Was es zuerst Patriotismus, Ehre und Eifer, der die Frauen in großer



Zahl zu manngigaben, ihnen früher fremden Beschäftigungen führte, so war es mit der längeren Dauer des Krieges, mit der wachsenden Leistung, mit den steigenden Schwierigkeiten des Haushaltes wirtschaftliche Triebkräfte, die jede Nachfrage nach weiblichen Arbeitskräften durch ein diese übersteigendes Angebot ausgleichen. Immer mehr Experimente wurden mit der Frauennarbeit gemacht und immer zahlreicher waren die Ergebnisse. Im Bergbau und in Sägewerken, im Eisenbahnbau und im Eisenbahnbetrieb, im Postwesen und in der Fabrikarbeit, im Straßenbahnbetrieb, in sozialen, gerichtlichen und städtischen Diensten, im Groß- und Kleinhandel, in der Metallverarbeitung und im Maschinenbau, in der Schmelzerei wie im Baugewerbe, in zahlreichen Beschäftigungen, wo die Frauen bisher völlig unbekannt waren oder wo sie nur eine unerhebliche Zahl der Beschäftigten stellten, sehen wir nun die Frauen in der deutschen Volkswirtschaft in großer Zahl wirken.

Der Unfallversicherung.

Im Anschluß an unsere Artikel in den Nummern 24 und 26, in denen wir zu dem Bericht des technischen Ausschusses der Nahrungsmitteleindustrie-Berufsgenossenschaft sowie zur Genossenschaftsversammlung selbst Stellung genommen haben, wollen wir noch auf eine am 19. Juni 1917 in Berlin stattgefundene Sitzung des Vorstandes genannter Berufsgenossenschaft mit den Arbeitervertretern eingehen. Zur Beratung und zum Beschluß über die Unfallversicherungsangelegenheiten hat der Vorstand nach § 363 der Reichsversicherungsordnung Vertreter der Berufsgenossenschaft mit vollem Stimmrecht in gleicher Zahl wie die Genossenschaftsmitglieder zugelassen. Diese Vertreter werden von den Vertretern der Oberversicherungsämter gewählt (§ 365 der Reichsversicherungsordnung). Ungefährlich nimmt der Vorstand unter Hinzuziehung der Vertreter der Berufsgenossenschaft und zu den Berichten der technischen Ausschüsse Stellung und legt Maßnahmen an, die zur Verbesserung der Unfallversicherungsangelegenheiten geboten erscheinen.

Was nun die am 19. Juni stattgefundene Sitzung der Nahrungsmitteleindustrie-Berufsgenossenschaft anbelangt, so ging aus derselben folgender, allgemeines Interesse beanspruchender Bericht zu. Nachdem der Vorsitzende, Direktor Härtel, die Sitzung eröffnete, beauftragte er zunächst den § 310 der Ausführungs- und Strafbestimmungen der am 1. Januar 1916 in Kraft getretenen neuen Unfallversicherungsbestimmungen in Erinnerung, der lautet: Die Betriebsunternehmer sind verpflichtet, bei Anschaffung von Maschinen und Apparaten vorzuschreiben, daß die von der zuständigen Berufsgenossenschaft geforderten Schutzvorrichtungen mitgeliefert werden.“ — Alsdann wurde auf den Bericht des technischen Ausschusses eingegangen. Für den vorliegenden Inhalt wurde dem Verfasser, Oberingenieur Urban, von allen Seiten dankt, zumal dieser Bericht und die Tätigkeit dieses Beamten von sozialem Verständnis für die in den Betrieben Beschäftigten zeugen.

Aus dem Bericht und der mündlichen Aussprache ergab sich unter anderem, daß eine Gewerbeinspektion im Bezirk Magdeburg für Dampfmaschinen jugendliche und weibliche Angelernte zugelassen sei. Auf Verlangen beim Regierungspräsidenten in Magdeburg vom 23. Oktober 1916 sowie auf Erinnerung vom 7. April 1917 ist Antwort noch nicht ergangen. Dem Vorstand wird aufgegeben, beim Oberpräsidenten Verlangen zu führen. Für die Berufsgenossenschaft steht die Wichtigkeit der Veranlassung der Eingabe außer Frage; denn es handelt sich hier um nichts weniger als darum, ob der Gewerbeinspektor ohne weiteres beauftragt, die von der Berufsgenossenschaft zum Schutze der Arbeiter erlassenen Unfallversicherungsbestimmungen aufzuheben.

Viele Futterwarenfabriken gehen, wie sich aus der letzten Vorlesung ergibt, zur Deismarisierung über. In diesen und vielen neuen Betrieben kommen alte, ungehörige Maschinen zur Aufstellung. Die Unfallgefahr wird dadurch erhöht, und die Unfälle an Holzmaschinen werden sehr erhebliche Höhe. Im Jahre 1916 kamen an Holzmaschinen 48 Unfälle vor; diese sind zwar auf 29 Unfälle im Jahre 1916 gesunken, doch wird nach dieser Zahl im Jahre der Friedenszeit erwartet. Zu dieser Frage wird von dem Herren Senator Dr. Müller, Welle und Dr. Müller geäußert, die Namen der Firmen, die die Schutzvorrichtungen an die Maschinen nicht anbringen lassen oder alte Maschinen ohne Schutz aufstellen, in der Presse zu veröffentlichen. Ferner soll die Reichsregierung angehalten werden, an die Firmen, die Schutzvorrichtungen nicht anbringen, Mahn nicht zu liefern, bis die Unfallversicherungsvorschriften erfüllt sind. — Herr Müller hat noch aus dem Bericht ein Beispiel angeführt, das der Unfallversicherung mit der Ware Schutzkraft angeht. Im Maschinenbau haben herrschen teilweise nachlässige Zustände in den neu geschaffenen Betrieben der Nahrungsmittelindustrie. Die Vorrichtungen der Herren Müller und Müller fanden eine mäßige Zustimmung. — Im Anschluß hieran riefen wir aus drei Fälle heraus: In der Maschinenfabrik Göttinger, Walle, Chemnitz, ist eine Arbeiterin an der Holzmaschine verletzt worden. In der Holzfabrik Seidel, Chemnitz, passierte ein Unfallfall an einer angefertigten Holzmaschine in der Fabrik Göttinger, Berlin, ein Unfallfall an einer Streifenmaschine.

Herr Senator, Arbeitervertreter, führt aus: Verschiedenen Behörden und Unternehmern scheint eine Gleichgültigkeit in Sachen der Schutzvorrichtungen entgegen zu sein; die Vorschriften werden nicht immer genau genommen, was geradezu bedauerlich ist. — Senator Dr. Müller: Nicht immer besteht die Möglichkeit, eine Reparatur schnell gemacht zu bekommen; denn beim Grobmaschinenbetriebe die Unternehmern mehr, als es ist es an Material für Schutzvorrichtungen.

Der Vorsitzende dankte Herrn Müller für seine Eingabe an das Reichsamt, Material zur Verbesserung von Schutzvorrichtungen freizugeben, antwortete eine untergeordnete Stelle, mit Holz kann sich nicht geholfen werden. Das geht in einigen Fällen, in den meisten aber ist Metall notwendig. Die benötigte Masse ist so gering, daß diese ohne weiteres freigegeben werden kann.

Herr Müller: Im Schlußteil nicht es in der Veranlassung der Anbringung von Schutzvorrichtungen in den Betrieben der Holzindustrie. In den alten Industriebetrieben besteht große Einnicht für Arbeiterleben. Die Vorschriften, in denen wiederholt Unfälle vorkommen und die Schutzvorrichtungen nicht anbringen lassen, müssen in der Presse veröffentlicht werden, dann gehen die Unternehmer, wenn die Schuld trifft, wenn höhere Beiträge gezahlt werden müssen. Warum wird solcher Mann nicht veröffentlicht, in dessen Betrieb in kurzer Zeit sechs Unfälle passieren und der sich wiederholt sträubt, Schutzvorrichtungen anbringen zu lassen. 46 Todesfälle sind eine erhebliche Zahl; denn in jeder Woche ein Todesfall. — Herr Müller, Dresden, Arbeitervertreter: Kein Unternehmer soll ungeprüfte Maschinen aufstellen! Dieses muß den Unternehmern immer wieder eingeschärft werden. Denn zu den großen Menschenverlusten, die der Krieg fordert, dürfen nicht noch Menschen in der Industrie geopfert werden.

Oberingenieur Urban: Die Lage der Holzindustrie und Holzmaschinen verursacht viele Unfälle. Ein Arbeiter bei der Maschine einen Unfall. Der Herr hat die folgende Firma herbeigeholt. — In der Stavenowischen Holzfabrik, Althaus a. S. E. sind in kurzer Zeit drei Unfälle passiert. — Die neuen Schmelzöfenbetriebe arbeiten fast alle mit ungeprüften Maschinen. In diesen Betrieben ist die Unfallgefahr eine erschreckend hohe. 1917 ist an einer Schmelzöfenanlage ein fastjähriges Mädchen von einer ungeprüften gelassenen Transmissionswelle erfasst und getötet worden. — In einem andern Betriebe, einer Maschinenfabrik, wurde einem jugendlichen Arbeiter in unbedeutender Höhe gebrochenen Kettenradern (Transmissionswelle) der Kopf abgerissen. Zwei tödlich verlaufene Unfälle sind hierdurch gemeldet, die an Fabrikstätten passierten. Die Berufsgenossenschaften, deren Mitglieder nicht Maschinenfabrikanten sind, müssen sich zusammenschließen, damit die Maschinenfabrikanten genügend werden. Schutzvorrichtungen anbringen. Die Erfolge der Unfallversicherung werden leider dadurch gemindert, daß der wichtigen Material, die Beschäftigung der Maschinenindustrie, von Berufsgenossenschaften und Gewerbeinspektionen nicht immer das nötige Interesse entgegengebracht wird. Immer wieder bekommen wir von jenen der Maschinenindustrie zu hören und wird nachgefragt, daß die Förderung der Beschäftigung der Holzindustrie, die Ausstattung dieser oder jener Maschine mit Ausstattungsgegenständen oder besonderen Schutzvorrichtungen eine nur von der Nahrungsmitteleindustrie-Berufsgenossenschaft gestellte Forderung sei. Ganz besonders groß war die Verletzung der Ablieferung von ungeprüften oder mangelhaften Maschinen. Hier muß auf geprüfte Maschinen Wege eingeebnen werden, um dauernden nachprüflichen Erfolg zu erzielen. Selbst Techniker von Stadtverwaltungen bringen dem Arbeiterausschuss auffallend geringes Verständnis entgegen.

Herr Senator, Arbeitervertreter: Aus dem Bericht zu entnehmen, daß bezüglich der Schutzvorrichtungen in vielen im argen liegt, sowie daß viele Unfälle bei Anbringung eines genügenden Schutzes an den Maschinen verhindert werden können. Die Hauptschuld trifft wohl die Maschinenfabriken. In vielen Fällen scheinen die Gewerbeinspektionen mit den Berufsgenossenschaften nicht Hand in Hand zu arbeiten. Kommt dann als dritte eine Polizeiverordnung hinzu, die wiederum abweichend ist von den Bestimmungen der Berufsgenossenschaft, dann ist das höchste Durchführungsmaß erreicht. Hier können nur gezielte Vorschriften Hilfe schaffen, und zwar: Die Berufsgenossenschaften müssen das unumgängliche Recht haben, Unfallversicherungsbestimmungen zu erlassen, die von anderer Seite nicht aufgehoben werden dürfen. Strafbestimmungen müssen erlassen werden, den Maschinenfabrikanten, die sich wehrlich zeigen, von der Berufsgenossenschaft vorgeschriebenen Schutzvorrichtungen an den Maschinen anzubringen, mit Gefängnis

schafft. Der Weg dazu wird sein: Die Berufsvereinigungen müssen durch ihre Berichte, die den Versicherungsstellen zu Geden kommen, die aber auch den Reichstagsabgeordneten zugestellt werden müssen, immer wieder auf die Gleichgültigkeit und Leichtsinnigkeit der Maschinenfabrikanten hinweisen. Dann müssen die Vertreter, die am Ende sind, die Krankenkassen veranlassen, daß diese eine Vorstellung machen darüber, was sie im Unfallverlethelken haben müssen; denn die Krankenkassen haben in Unfallfällen bis 18 Wochen Krankengeld zu zahlen. In vielen Fällen zahlen die Krankenkassen diese Gelder für die Maschinenfabrikanten. Wie können die Krankenkassenmitglieder dazu, für die Reichthümlichkeit der Maschinenfabrikanten Beiträge zu zahlen, denn werden die Mittel nicht aus, müssen die Beiträge erhöht werden. Sind in allen Krankenkassen Verhältnisse diese Auffstellungen gemacht, dann können auch die Krankenkassen an die Regierung herantreten mit der Aufforderung, diese solle ein Gesetz erlassen, welches die Bestrafung der Maschinenfabrikanten (auch mit Gefängnisstrafe) vorsieht, sofern die Fabrikanten die von der Berufsvereinigungen vorgeschriebenen Schutzvorrichtungen an die Maschinen nicht anbringen. Sofort müssen die Krankenkassen dazu übergehen, alle Maschinenfabrikanten verpflichtet zu machen für die Kosten, die den Krankenkassen entstehen aus den Unfallfolgen an Maschinen, die die vorgeschriebenen Schutzvorrichtungen nicht haben. Geht man die Maschinenbesitzer in Dresden zum Vertreter der Legehennen Maschine für den Schadenhaftbar macht. Dazu ist notwendig ein Hand-in-Hand-Verfahren zwischen Krankenkassen und Unfallversicherungsstellen. Die Krankenkasse hat jetztstellen bei der Berufsvereinigungen: Sind Schutzvorrichtungen vorgeschrieben an der Maschine, an der der Unfall passierte, und wenn die Schutzvorrichtung nicht gefestigt worden, ist der Maschinenbesitzer für die Unfallfolgen haftbar zu machen.

Die Aufwendungen für alle größeren Unfälle an Maschinenfabrikanten und andere werden von den Krankenkassen allein getragen. Diese Schäden sind in 10 bis 18 Wochen behoben. Die ersten 18 Wochen hat die Krankenkasse aber für Verluste eingutreten. Die Krankenkassen, ebenso die Berufsvereinigungen sind nicht gehalten, für technische Gleichgültigkeit und geringes soziales Verständnis der Maschinenfabrikanten die Kosten zu tragen. Auch der Staat hat alle Ursache, die Gesundheit und Arbeitskraft seiner Volksglieder zu schützen. Führt doch die Berufsvereinigungen seit 16 Jahren einen Kampf gegen die Maschinenfabrik Gebr. Borges, Braunschweig, wegen Anbringung von Schutzvorrichtungen an Maschinen. Das ist geradezu hartnäckig. Hier ist der Verweis: Gefängnisstrafen müssen verhängt werden können, sonst tritt Versicherung nicht ein. Für die unverschämte Gleichgültigkeit der Firma Gebr. Borges müssen die Berufsvereinigungen sowie die Krankenkassen erhebliche Mittel aufbringen. (Mühselige Zustimmung)

Hiermit war auch die anregend verlaufene Sitzung von der Notwendigkeit der Erweiterung des Arbeiterkampfes durchdrungen war beendet. Möge es dem gemeinsamen Vorgehen der Krankenkassen und Berufsvereinigungen immer mehr gelingen, dem erforderlichen Arbeiterkampf Geltung zu verschaffen.

Wirtschaftliche Rundschau.

Ende 1916 betrug bei 36 Hypothekendarlehenbanken der Gesamtschuldenbestand 1150 Milliarden Mark. Die preussischen Sparkassen hatten einen Hypothekenschatz von 850 Milliarden Mark, die deutschen Versicherungsgesellschaften von 550 Milliarden Mark. Dabei handelt es sich um zeitliche Hypotheken, die noch von einer ganzen Reihe anderer Institute und schließlich auch von privaten Kapitalisten gegeben zu werden pflegen. Als ich hier in 1916 im dem höchsten Realcredit in den Jahren 1908 bis 1911 im Durchschnitt 1000 bis 1200 Millionen Mark zu. Diese können lassen erkennen, welche gewaltigen Anordnungen an den Kapitalmarkt für Bauzwecke nach dem Kriege heranzuführen werden, nachdem der Wohnungsbau in der Kriegszeit außerordentlich stark eingeschränkt worden ist oder gar völlig aufgehört hat. Werden die Geldanprüche schon für die Zwecke von Neu- und Umbau zu erlangen sein, so ist eine weitere Steigerung noch dadurch zu erwarten, daß große Beträge an Hypothekendarlehen, die in der Kriegszeit ertüchelt waren, aber nicht zur Einlösung gelangten, nun ihre Erlösung verlangen. Alle diese Umstände zwingen dazu, rechtzeitig Maßnahmen zu ergreifen, um die für den Wohnungsbau verfügbaren Mittel zweckmäßig und planvoll zu verteilen.

Mit starken Beweisgründen betont Dr. Ing. Martin Wagner in einer kürzlich erschienenen Schrift „Bauwirtschaft, Realcredit und Wälder nach dem Kriege“, Verlag von Ferdinand Enke in Stuttgart, daß es zunächst darauf ankommt, die Kapitalbedarfsanprüche als solche auf ihren allgemeinen volkswirtschaftlichen Wert hin zu prüfen und völlig unproduktive Ansprüche von der Beizahlung auszuschließen. Gilt sich die Entwicklung des Wohnungsmarktes nach dem Kriege von 1870/71 aus vielen Gründen mit den gegenwärtigen Verhältnissen in ihren Vergleich stellen, so ist gerade die Unterscheidung der Grundlagen der Wohnungsfragen, der damaligen und der jetzt auftretenden, besonders lehrreich. Wagner weist darauf hin, daß die Wohnungsfrage der siebziger Jahre in ihrem Ursprung und in ihrer Entwicklung nicht unter dem Zeichen des Kapitalismus angeht. Zwar dem Zeichen des Kapitalismus unter dem Einfluß der sprunghaft ansteigenden Kriegskosten des Jahres 1866 von diesem Jahre ab bis 1879 auf über 5 p. h., aber zu diesem Zeitpunkt war reichlich Hypothekendarlehen zu haben, ein Zustand, der dem nicht unähnlich die fünf Milliarden der französischen Kriegsentwöhnung beitrug. Woran lag es, daß es trotz dieser für jeden Bauplatz sehr günstigen Verhältnisse im Jahre 1871/72 noch nicht zum Bau kam. Fragt Wagner, so gleich in diesen beiden Jahren die Stadt Berlin — um das merkwürdigste Beispiel herauszunehmen — ohne Vorrede sich um 85 494 Köpfe vermehrte? Die Antwort auf diese Frage findet und gibt er in den folgenden Reihen, die sich auf den Umfang und die Verteilung der bekannten Grundstücke beziehen:

Im Jahre 1872 zählten 8785 bebauete Grundstücke, deren Kenerverteilung nur 41 p. h. des Marktpreises betrug, durch Vertheilung im freien Markt über. Im Jahre 1887 betrug dieser Anteil nur 10 p. h. der obigen Zahl und die Kenerverteilung 69 p. h. des Marktpreises. Es wurden also im wesentlichen bebauete Grundstücke umgepflanz, die für Kapitalanlagen, oder besser: für unproduktive Verwendungen reichlich Spielraum boten. Die Vertheilung der Spekulationsgewinne war zudem bei den bebauten Grundstücken weit günstiger als bei den unbebauten. Der reichlich zur Verfügung stehende Realcredit wurde daher der Neubausättigkeit entzogen und der unproduktiven Vertheilung zugeführt. Die gesamte Grundstücksvertheilung liegt im Jahre 1872 um 25 p. h. und 1878 um 22 p. h., und zwar von 1871 auf 1872 um 298 Millionen Mark, wovon auf Neubauten nur etwa 25 bis 30 Millionen Mark entfielen. Die unproduktive Vertheilung in Berlin läßt sich für die Jahre 1870 bis 1878 auf rund 700 Millionen Mark schätzen. Dieses Kapital wurde in bebauten Grundstücken an einer Stelle mit 6 bis 8 p. h. und an zweiter Stelle mit 6 bis 7 p. h. angelegt. Diese unproduktive Vertheilung konnte nur mit Hilfe der Mietsteigerung und vermehrt werden. Der durchschnittliche Mietwert einer Berliner Wohnung stieg von M. 451 im Jahre 1870 auf M. 757 im Jahre 1875. Unter dem Druck der im Jahre 1873/74 einsetzenden Baukräftigkeit stieg er auf M. 706 im Jahre 1871 und auf M. 806 im Jahre 1880 zurück. Für die Jahre 1870 bis 1875 ergibt sich eine Mietsteigerung von 68 p. h. und für die Jahre 1871 bis 1878 eine solche von 27 p. h. Die folgende Neubausättigkeit setzte dann auch mit dem Jahre 1878 ein, in dem die Wohnungen in Berlin um 8313 vermehrt wurden; sie erreichte ihren Höhepunkt mit einem Zuwachs von 20 000 Wohnungen im Jahre 1875, um dann allmählich auf 8200 Wohnungen im Jahre 1880 herabzugehen. Um diese Baukräftigkeit zur Entwicklung zu bringen, das heißt, um von 1878 bis 1880 etwa 100 000 Wohnungen zu errichten, die normalerweise ein Kapital von plusminus 600 Millionen Mark erfordert, war es nötig, zunächst 700 Millionen Mark als völlig unproduktives Verschuldungskapital in den Boden zu räumen zu lassen.

Folgerichtig fordert Wagner als notwendige Ergänzung der organisierten Maßnahmen zur Regelung und Förderung der Wohnungsproduktion durch die Sicherung der Kapitalzufuhr zur Bauwirtschaft Maßnahmen, die der Hauptursache zur Mietsteigerung entgegenwirken. Als unbedingt erforderlich ergibt sich vor allem eine Neuorganisation der Baubetriebe. Schon in den Jahren vor dem Kriege ist in den meisten Großstädten und Industriezentren eine ungemein scharfe Baumarkeit die Folge der Überlieferung des Wohnungsbauens an eine ungesunde Spekulation gewesen; die Wiederaufnahme jenes zusammengebrochenen Systems erwies sich besonders auf dem Gebiete des Kleinwohnungsbaus als gänzlich unmöglich. Alle diese Verhältnisse zwingen die Unterbrechung der gesamten Wohnungsneubauproduktion unter die Kontrolle der Gemeinden.

Julius K. K. K.

Verbandsnachrichten.

Quartung.

Vom 25 bis 30. Juni gingen bei der Hauptversammlung folgende Beschlüsse: Für die Hauptversammlung M. 30. Für die Hauptversammlung M. 28/27, Essen a. d. R. 27/29, Hamburg 18/28. Von Einzelzahlern der Hauptversammlung: G. B. Oberländer M. 340, R. R. (im Felde) 380. Für die Hauptversammlung M. 15. Der Hauptversammler: D. Freitag.

Sterbetafel.

Hamburg-Altona. Johannes Jochst, Bäcker. Kriegsverluste des Verbandes. Bezirk Frankfurt a. M. Friedrich Nickel, Bäcker (Frankfurt a. M.), 29 Jahre alt, gefallen im April 1917. Bezirk Hannover. Max Holzbauer, Bäcker (Hannover), 26 Jahre alt, gefallen. Ihre Ihren Angehörigen!

Sühnleistungen und Strafen.

Süder.

Sühnleistung in Amberg. Die Brandversicherer hinter der Front haben sich die Amberger Brandversicherer benannt. Statt in Unbetragt, daß alle wesentlichen Sühnleistungen von Amberg das Vaterland und damit auch den Amberger Versicherer ihren Geldfuß und Besitz verteidigen, diesen eine Anerkennung zuteil werden zu lassen, hatten sie beschlossen, den Versicherer die Garantie gegen Willkür und Ausbeutung, den Tarif, zu räumen. Um so nicht zu spät zu kommen, kündigten sie ihn schon am 15. Januar, obwohl eine solche erst am 24. März nötig gewesen wäre. Weder das Gewerbegericht noch der Gewerbeinspektor konnte sie von ihrem Vorhaben abbringen. Einer Vorladung nach § 66 Gewerbegerichtsgesetz folgten sie, ließen sich jedoch in keine Verhandlungen ein. Daß sie so handelten, bedingt lediglich der Umstand, daß das Gewerbegericht so einseitig und in so unzulässiger Weise, was nicht alles kommen wird. Als ihnen entgegengehalten wurde, daß dies in anderen Fällen genau so ist, die Weisung aber trotzdem die Sühnleistungen einhalten, wußten sie keine Ausnahme mehr und mußten den Vorwurf einsehen, daß sie

total schuldlos sind. Mit dem Vorwurfe, den Versicherer für die Kosten — den Tarif — bezahlen zu haben, verheihen die beiden letzten Anträge des Gewerbegerichts, für spätere Schäden noch gesehen sein, hoffentlich genehmigt uns jetzt die Sühnleistung noch niedrigere Weisung oder höhere Weisung, dann haben wir das Gewerbe wieder einmal gerettet. Ob es ihnen Rechte bringt, muß die Zukunft zeigen; denn schließlich lassen sich unsere Forderungen nach dem Tarife nicht mehr durchsetzen.

Beurteilung der Gewerbevereine.

Der Gewerbeverein in Dresden hat die Weisung der in seinem Betriebe beschäftigten Arbeiter von M. 50 auf M. 54 pro Woche erhöht; also eine Lohnsteigerung von pro Mann und Woche um M. 4. Der Überstundenlohn beträgt wie bisher pro Mann und Stunde M. 1.

Wälder in Dresden.

Dresden. Am Sonntag, den 24. Juni, fand in der „Klosterstraße“ eine allgemeine Versammlung der in den Großbetrieben und Mühlen von Dresden und Umgegend beschäftigten Arbeiter statt. Solange die Verhandlung über das Thema: „Antrag der Betriebsräte an die Regierung auf Wiedereinführung der Nachtarbeit, und können wir Kollegen hiermit einverstanden sein?“ Als zweiter Punkt stand jedoch noch auf der Tagesordnung: „Sind unsere Löhne und Steuerumlagen zeitgemäß? Oder wollen wir unsere Arbeitgeber den Antrag auf gemeinschaftliche Zulage unterbreiten?“ Nebenher wurde der Bescheid des Antrages der Großbetriebe und gewerbliche die Wälder in der Begründung der Forderungen auf Wiedereinführung der Nachtarbeit. Er forderte von den Arbeitgebern, daß auf dem Boden zu sein, um nicht eines Tages übermäßig zu werden mit dem Joch der Nachtarbeit. Sämtliche Anwesenden stimmten den Forderungen bei, und die unterzeichnende Resolution fand einstimmige Annahme. Eine scharfe Debatte entspann sich jedoch über den zweiten Punkt der Tagesordnung. Dem allen Rednern wurde zum Ausdruck gebracht, daß die jetzigen Löhne und Steuerumlagen durchwegs nicht mehr zeitgemäß sind und eine Aufbesserung dringend notwendig sei. Der Durchschnittslohn betrage M. 28 bis M. 30, selbst Löhne von M. 20 ohne Kost und M. 25 bis M. 28 ohne Kost und Wohnung wurden festgestellt. Das mit solchem Verdienst in der jetzigen harten Zeit der Not und Steigerung aller Lebensmittel und Verbrauchsmittel nicht auszukommen ist, muß jedem vernünftigen Arbeiter einleuchten. Unterernährung und häufige Krankheiten müssen die Folge davon sein. Gelernte Arbeiter haben sich in anderen Berufen Arbeit, wo sie bedeutend höheren Verdienst erhalten. Die Arbeitszeit betrage aber noch in den meisten Betrieben zwölf Stunden, sie müsse jedoch mindestens auf zehn Stunden reduziert werden. Überstunden, Sonntagsarbeit und Säuerarbeiten am Sonntag werden meistens nicht bezahlt oder ungenügend entlohnt. Von allen wurde zum Ausdruck gebracht, man müsse unbedingt in die Lohnbewegung eintreten und den Arbeitgebern dahingehende Forderungen unterbreiten. Eine Einigung am Sonntagabend zustande, daß man beschloß, den Arbeitgebern den Antrag durch die Organisation zu unterbreiten, sämtlichen Beschäftigten eine laufende Steuerumlage von mindestens M. 5 pro Woche zu gewähren. Das sei das allerbeste, was verlangt werden müsse. Weitergehende Wünsche müsse man vorläufig zurückstellen und die Stellungnahme der Arbeitgeber abwarten. Sollten diese sich jedoch ablehnend verhalten, so sollten weitere Schritte unternommen und geeignete Mittel in Anwendung gebracht werden. Folgende Resolution wurde sodann von sämtlichen Anwesenden einstimmig angenommen: „Die heute, am 24. Juni 1917, in der „Klosterstraße“ in Dresden tagende Versammlung der in den Großbetrieben und Mühlen Dresdens und Umgegend beschäftigten Arbeiter hat mit Entschiedenheit Kenntnis genommen von den Maßnahmen ihrer Arbeitgeber, die Maßnahmen, die Regierung zu veranlassen, die Wiedereinführung der Nachtarbeit in den Großbetrieben zu gestalten. Die Versammelten können die Gründe wegen Wiedereinführung der Nachtarbeit nicht als richtig anerkennen. Eine Ersparrung an Kohlen würde nicht zu verzeichnen sein, wohl aber ist eine größere Ersparrung bei der jetzigen Tagelohn vorhanden, weil die Belastung während der Nacht ganz weggefallen ist und dadurch infolgedessen weniger Kohlen und Kraft verbraucht werden. Auch eine Ersparrung an Arbeitskräften würde nicht erzielt. Dagegen ist aber, daß die Beschäftigten bei der jetzigen Tagelohn während der Kriegszeit pro Mann bedeutend mehr im Wert und in der Quantität erlangen. Auch ist ein Mangel an Arbeitskräften durchaus nicht zu verzeichnen. Da zurzeit immer noch eine Anzahl Arbeiter arbeitslos sind. Viele Gelehrten haben allerdings in der Kriegswirtschaft Arbeit angenommen, weil die Verdienste dort wesentlich höhere sind als in den Großbetrieben und Mühlen von Dresden und Umgegend. Innerhalb noch beträgt der Durchschnittslohn M. 26 bis M. 28 pro Woche; doch ist dieser in der jetzigen Zeit der Not und der ungeheuren Steigerung aller Lebensmittel und Verbrauchsmittel vollständig ungenügend und nicht mehr zukunftsfähig. Die Steuerumlagen sind ebenfalls vollständig ungenügend; manche Firmen haben überhaupt noch keine solche gewährt. Wohl aber sind die Betriebe durchwegs durch Um- und Umbauten vergrößert worden, mehr Personal ist notwendig als vor dem Kriege, und tiefe Verdienste haben die Arbeitgeber zu verzeichnen. Die Versammelten fordern deshalb einmütig eine sofortige auskömmliche, der jetzigen Steigerung entsprechende allgemeine Zulage und beauftragen die Bildung der Zahlstelle Dresden des Väter- und Konsumverbandes, an die Arbeitgeber heranzutreten und alle ihr geeignete erziehenden Schritte zu unternehmen. Gleichzeitig wird die Organisation beauftragt, ihr geeignet erscheinende Schritte zu unternehmen zur dauernden Beibehaltung der Tagelohn. Die Versammelten erklären einmütig, auf keinen Fall wieder in das Joch der Nachtarbeit hineinzugehen und gegebenenfalls mit allen gesetzlich erlaubten Mitteln für die Beibehaltung der Nachtarbeit ihren Mann zu stellen. Sämtliche

